



PDS-Eigentum „Schloßhotel Liebenberg“: „Wir wollen jeden Zipfel irgendwie vermarkten“

„Die reichste Partei Europas“

Ein Vermögen von mehr als drei Milliarden Mark nennt die SED-Nachfolgeorganisation PDS ihr eigen – eine mit Sicherheit gigantische Untertreibung. Immobilien

wurden nach altem DDR-Recht bewertet, ehemalige Parteifirmen, Schulen, Heime oder Luxushotels über „private“ GmbHs altgedienten Funktionären übertragen.

Für den Ex-Genossen Alfred Kraus fand die eigentliche Wende zum Jahreswechsel 1989/90 verspätet und im Zimmer statt. Über Machtmißbrauch und Schuld der alten SED-Clique sprach Kraus damals mit seinen Freunden Peter Rabes und Ulrich Vetter in einer erzgebirgischen Datsche, nachdem die drei einen Fernsehbericht über pompöse Gästehäuser der Staatspartei gesehen hatten. Der Film brachte sie auf die Idee.

Alfred Kraus wirkt fahrig, als er davon erzählt. Immer wieder wandert sein Blick durch das Bürofenster hinunter in den Sommergarten. Dort ziehen eine Handvoll Kellner die frisch gestärkten Tischtücher gelangweilt hin und her; nur ein Pärchen sitzt an einem Tisch der gezirkelten Idylle am Uferand des Großen Müggelsees im Osten Berlins.

Das Seehotel gehört seit einigen Monaten zu

den besten Adressen in der noch existierenden DDR-Hauptstadt. Jungunternehmer Kraus ist sichtlich stolz auf das Anwesen an Ost-Berlins beliebtestem Ausflugssee. 40 Zimmer und Apartments mit Dusche, WC, Radio, Farbfernseher, Minibar und Telefon. Drei Restaurants, mehrere Salons, ein Ball- und Konferenzsaal, Bar, Sauna,

Kegelbahn mit Trinkstube – „wir haben einiges zu bieten“, meint Kraus.

Nicht nur am Müggelsee wurden die drei fündig. Rund um die Stadt und auch weiter weg unterhalten sie mit ihrer Belvedere-Hotel GmbH in landschaftlich schönen Gegenden weitere Hotelbetriebe, die so gar nichts mit den DDR-üblichen, eher primitiven

Absteigen zu tun haben: die Schloßhotels am Teupitzer See und in Liebenberg, das Residenz Hotel am Motzener See, das Club Hotel in Wendisch Rietz, das Hotel Seegarten in Grünheide.

Noch vor einem Jahr, sagt Kraus, habe er die noblen Häuser nicht einmal vom Hörensagen gekannt, geschweige denn einen Fuß auf die Anwesen setzen können. Schließlich seien die Immobilien nur höheren SED-Chargen und deren Gästen vorbehalten gewesen. Und



PDS-Unternehmer Kraus, Rabes, Vetter: „Einiges zu bieten“

zu diesem Kreis habe er nun wirklich nicht gehört.

Kraus war zu jener Zeit Jurist und Mitarbeiter im Außenhandelsbetrieb Forum Handelsgesellschaft mbH, der das Netz der devisa bringenden Intershops in der DDR unterhielt. Sein revolutionärer Wechsel vom kleinen Angestellten zum Gesellschafter und Geschäftsführer einer Luxushotelkette klingt wie die Mär aus neuer Zeit, geboren im verschneiten Erzgebirge, in dem seit Jahrhunderten die Idylle, die Holzschnitzer und deren Armut zu Hause sind.

Das Märchen, so will Kraus glauben machen, war schon wenig später wahr. Anfang April, als in der eben gewählten Volkskammer von einer treuhänderischen Verwaltung des Vermögens der Altparteien noch keine Rede war, ließen Kraus, Rabes und Vetter ihre Belvedere-Hotel GmbH, Stammkapital 200 000 Mark, in das Ost-Berliner Handelsregister eintragen.

Woher das Eigenkapital stammt, darüber redet Kraus nicht und auch nicht Rabes, der angeblich noch vor kurzem auf der Gehaltsliste des DDR-Innenministeriums stand.

Auch über die Schwierigkeiten bis zur Geschäftsgründung zeigen sich die beiden redege wandten Privatunternehmer ungewöhnlich wortkarg. Ihr Konzept „Sicherung von Arbeitsplätzen durch Vermarktung der Gästehäuser“ habe den Parteivorstand der PDS eben überzeugt. Viel mehr, so Rabes, sei dazu nicht zu sagen.

Vielleicht doch? Vizepartei chef Wolfgang Pohl, Finanzchef der PDS, will mit den Herren Kraus, Rabes und Vetter nichts mehr zu tun haben. „Meinen Segen hatten sie nicht“, sagt er so kurz wie unbestimmt: „Ich hätte einem anderen vorliegenden Konzept den Zuschlag gegeben.“

Entschieden hat die Sache der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi höchstpersönlich. Das ehemalige SED-Mitglied Kraus hat noch immer einen direkten Draht zu ihm. Aber auch Gysi mag über die Vermögensangelegenheiten nicht plaudern.

Für Kraus, Rabes und Co. herrscht seitdem Gründerzeit. Emsig sind sie dabei, ihr Firmenimperium weiter aufzustoßen. Rabes ist mittlerweile auch Gesellschafter und Geschäftsführer einer Belvedere-Tochter, der Spedition- und Service-Zentrum Herzbergstraße GmbH, Stammkapital 100 000 Mark, in Berlin-Lichtenberg.

Dahinter verbirgt sich die früher als „Deutsche Kraftverkehr Grünau“ getarnte Zentrale der ominösen Abteilung „Verkehr“ des SED-Zentralkomitees, die, zuletzt unter Leitung von Julius

„daß wir hier 70 Arbeitsplätze erhalten wollen“.

Etwa den von Jochen Bernhard, den Rabes zum Direktor in seiner GmbH machte und der vor der Wendezeit zu den engsten Vertrauten Cebullas gehörte. Oder den von Karl-Heinz Müller, ehemaliger Sektorenleiter in der Abteilung Verkehr. Und den von Willi Siewert, Finanzchef unter Cebulla und nun bei Rabes angestellter Buchhalter mit Prokura.

80 Fahrzeuge, vom Mercedes-Bus bis zum Kleinlader, hat Rabes aus dem Bestand der Abteilung Verkehr übernommen. Darunter auch 20 Citroën, etwa die Hälfte davon nagelneu, und drei metallicgraue Volvo-Großkarossen, die sich Rabes, Kraus und Vetter als Dienstwagen reservieren ließen.

Der einst stacheldrahtgeschützte Hof mit seinen Werkstätten, Großgaragen, Serviceeinrichtungen und Verwaltungsbauten hat seine Tore nun weit geöffnet. „Wir wollen halt jeden Zipfel hier irgendwie vermarkten“, erklärt der Geschäftsführer die Strategie.

Bereits jetzt bewirtschaftet die schnell wachsende Belvedere-Holding – geplant ist die Gründung weiterer Töchter – mindestens zehn Objekte aus dem ehemaligen SED-Besitz. Es sind alles Filetstücke, die nach bisherigen PDS-Berechnungen einen Zeitwert von fast 70 Millionen Mark repräsentieren. Seit Beginn der Währungsunion am 1. Juli steigen die Profitgelüste.

Bislang allerdings arbeite die Belvedere mit Verlust, räumt Geschäftsführer Kraus ein: Der Unterhalt der Anwesen sei zu aufwendig. „Und wir haben eigentlich zuviel Personal“, fügt er hinzu; sein Blick wandert in den Garten, wo die

Kellnerschar vor sich hin döst. Mit dem Einstieg von Westunternehmen („Interessenten haben wir genug“) soll die Belvedere im nächsten Jahr wirtschaftlich gesundgemacht werden.

Bis dahin muß die PDS noch kräftig zuschießen. Für dieses Jahr jedenfalls hat Kraus einen Millionenkredit – dank Gysi – in der Tasche.

Sein Geschäft mit der PDS – oder deren Geschäft mit ihm? – reiht sich ein in



PDS-Eigentum „Teupitzer See“: Ein Millionenkredit ...



... für die neuen Leute: PDS-Eigentum „Motzener See“

„Johnny“ Cebulla, jahrzehntelang auch für die Finanzierung befreundeter ausländischer Parteien und Organisationen verantwortlich war und dabei eng mit den Unternehmen für Kommerzielle Koordinierung (KoKo) des Ex-Staatssekretärs und SED-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski zusammenarbeitete.

Von solchen Altlasten mag Geschäftsführer Rabes nicht reden. Wichtig sei,

„Alles wurde mit Zahlen codiert“

Wie die alten Blockparteien in der DDR vom Staat geschmiert wurden

An vier Tagen im Jahr, meist zur Adventszeit, spielte der Ost-Berliner SED-Spitzenfunktionär Karl Raab Weihnachtsmann. Die Gaben steckten in einem dunklen Koffer – Millionen Mark in bar, gebündelt mit Banderolen der DDR-Staatsbank.

Raabs „Aktion Dagobert Duck“, wie Spötter den seltsamen Geldtransfer nennen, endete stets in gediegenen Wohnzimmer. Bei Kaffee und Cognac blätterte der SED-Schatzmeister ein paar tausend Scheine auf den Tisch des jeweiligen Hausherrn – ob der nun Gerald Götting hieß oder Manfred Gerlach, Ernst Goldenbaum oder Heinrich Homann.

Was die Vorsitzenden der damaligen DDR-Blockparteien CDU, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) wie Mafia-Verschwörer entgegennahmen, war staatliches Schmiergeld. Erst 1982 schaffte Raabs Nachfolger Heinz Wildenhain, mittlerweile 60, die Barzahlung ab und führte den Transfer von Konto zu Konto ein. Bis zuletzt aber behielt der Oberkassierer ein Prinzip bei, das Vorgänger Raab eingeführt hatte: totale Konspiration.

Zwar seien, offenbarte Wildenhain vor der DDR-Kripo, „Überweisungsbelege gefertigt“ worden. „Namen oder dergleichen“ tauchten jedoch auf den Formularen nicht auf: „Alles wurde mit Zahlen codiert“, gab er zu Protokoll, „um die Geheimhaltung zu gewährleisten.“

Weil die staatlichen Alimente jahrelang verschleiert wurden, lassen sich die Einkünfte der Blockparteien heute nicht mehr genau taxieren. Nach groben Schätzungen kassierten die Claqueure des SED-Regimes insgesamt 2,5 Milliarden Mark; von 1984 bis 1989 – für diese Zeit existieren Belege – waren es allein 582,7 Millionen Mark, von denen die CDU unter dem Honecker-Hätschelkind Götting mit 195 Millionen Mark den größten Anteil bekam.

Die Parteien liebten das Geld, nach kapitalistischem Vorbild, fleißig arbeiten: Mit dem „Vermögen des Volkes“ (SPD-Finanzexpertin Ingrid Matthäus-Maier) wurden zu Vorzugspreisen riesige Grundstücke in besten Lagen gekauft und florierende Betriebe errichtet. Die wiederum waren, weitere Gegenleistung für die Linientreue der Blockparteien, von der Steuer befreit.

Auch wenn die „Blockflöten“ (DDR-Spott) zur Finanzierung von Auslandsge-

schäften Devisen brauchten, sprang hilfreich die SED-eigene „Zentrale Druckerei-, Einkaufs- und Revisionsgesellschaft mbH“ ein. Sie gewährte „Druckereien Kredite in Valuta“ (Wildenhain), die Rückzahlung „erfolgte aus den erzielten Exporterlösen“.

Die Staatsführung brach sogar die DDR-Verfassung, nach der Volksvermögen nicht aus Staatshand weggegeben werden durfte. „Verschiedene Objekte/Betriebe“, ermittelte die seit Ende Juni tagende Unabhängige Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen der DDR, seien „aus dem Volksei-

allerdings den Volkszorn auf sich ziehen. Wie schon in der Parteispendenaffäre wäre die Selbstbedienung allzu skrupellos – diesmal aus Kassen, die in einer 44 Jahre währenden Diktatur gefüllt worden sind.

Mit deren Geschichte sind die Blockparteien aufs engste verstrickt. Schon im Juni 1945 hatte der „Befehl Nr. 2“ der Sowjetischen Militäradministration die Gründung politischer Parteien erlaubt, die samt und sonders der Kontrolle sowjetischer Politoffiziere unterworfen waren. Damit sollte von vornherein die Vorherrschaft der Kommunisten gesichert werden.

Das Instrumentarium dazu bot ihre „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“, kurz „Antifa-Block“. Die „Block“-Beschlüsse waren „bindend für alle Parteien“ und wurden auf dem „Wege der Vereinbarung“ getroffen – demokratische Abstimmungen gab es nicht.

Die Sitze in der Volkskammer wurden nach einem festgelegten Schlüssel vergeben: Eine gemeinsame Kandidatenliste der „Nationalen Front des Demokratischen Deutschland“ garantierte dem SED-Regime die Alleinherrschaft. Der Dank des Großen Bruders war



Blockparteien-Vorsitzende Götting, Gerlach
Geldscheinbündel vom Großen Bruder

genium ausgegliedert“ und den Blockparteien oder deren Unternehmen „unentgeltlich zu Eigentum überlassen“ worden – ein krimineller Akt.

Das „Großvermögen“ (Bundeskanzler Helmut Kohl) der östlichen Counterparts erweckt schon lange die Begierde der Bonner Alt-Parteien. Nur der rechtliche Weg zu den Ostschatullen ist noch umstritten.

Neue Perspektiven eröffnet da das kürzlich von der DDR-Volkskammer verabschiedete Parteiengesetz. Bei Fusionen, so heißt es, sei die „entstehende Partei“ Rechtsnachfolgerin. Die neuen gesamtdeutschen Parteien würden damit auch das umstrittene Vermögen erben.

Mit dem Zugriff auf das Ostvermögen könnten die Bonner Koalitionspolitiker

den Blockparteien gewiß: Erst belohnte sie Walter Ulbricht reichlich mit irdischen Gütern, dann Erich Honecker.

Wie schamlos die Geschäfte betrieben wurden, belegt ein Schriftstück des damaligen LDPD-Chefs Gerlach, von 1960 bis zur Revolution auch Vizevorsitzender des DDR-Staatsrats. Das SED-Politbüro hatte „zur Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ beschlossen, der Staat müsse private Anteile an Firmen übernehmen, die in Volkseigene Betriebe (VEB) umzuwandeln seien.

Gerlach kam für den Unternehmensbereich seiner Partei der Order nach. Dafür verlangte er, „mit sozialistischem Gruß“, von Horst Sinderman, damals Vizepremier, happige Gegenleistungen: 24 dieser neuen VEB, meist Druckerei-

en, sollten „der VOB Aufwärts“ zugeordnet werden – der Wirtschaftsfirma seiner eigenen Partei. Der Ministerrat stimmte zu, die VOB (Vereinigung Organisationseigener Betriebe) Aufwärts scheffelte Geld in die Kasse der Liberalen.

Zwar spielte bei der Vergabe staatlicher Gelder auch eine Rolle, wie der jeweilige Vorsitzende einer der Blockparteien bei der SED-Führung gelitten war. Im Normalfall aber, weiß ein SED-Kenner, „entsprachen die Zuwendungen der Summe, die die Partei für sich beanspruchte“.

Jeweils im Spätsommer wurde zwischen SED und DDR-Finanzministerium die Gesamtsumme „im voraus abgestimmt und in den Staatshaushalt insgesamt aufgenommen“. Nachdem sich Raabs Einzelgänge erledigt hatten, überwies das Ministerium das Geld aufs Zentralkomitee-Konto 6666-11-260202 bei der Ost-Berliner Staatsbank – in zwölf Monatsraten.

Von dort leitete die SED-Hauptkasse die Zuschüsse weiter an die Blockparteien. Noch 1989 spendierten die Bonzen reichlich: 31 Millionen Mark für die CDU, 30 Millionen Mark für die DBD, 18 Millionen Mark für die LDPD und 27 Millionen Mark für die NDPD.

Nach den bisherigen Feststellungen der Ost-Berliner Kommission besaß

- ▷ die CDU 30 Handelsunternehmen, 16 Produktionsbetriebe, 9 Zeitungs-, Buch- und Kunstverlage, ein Hotel, ein Übersetzungsbüro, 6 Ferienheime und -lager, 4 Bungalows;
- ▷ die NDPD, die jetzt in der FDP aufgegangen ist, 8 Betriebe (Druckereien, Buchbindereien), 6 Verlage, mehrere Schulungshäuser, ein Ferienlager;
- ▷ die LDPD, jetzt gleichfalls FDP, einen Buchverlag, 5 Zeitungsverlage, mehrere Immobilien.

Der Kommission ist es bisher nicht gelungen, das Vermögen in Mark und Pfennig auszurechnen. Nach Schätzungen des Bonner SPD-Schatzmeisters Hans-Ulrich Klose gehören den Liberalen „vier bis fünf Milliarden Mark“ (FDP-Kollege Hermann-Otto Solms: „Reines Hirngespinnst“), der CDU „zwei bis drei Milliarden“. Der CDU-Besitz erhöht sich beträchtlich, wenn die reiche Bauernpartei, wie angekündigt, mit der Union fusioniert.

Alein das Barvermögen der Partei von DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière beziffert Klose auf 100 bis 150 Millionen Mark.

Das hat in der Partei Unmut geweckt. Walter Kansy, 16, stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union in Sachsen mit 3000 Mitgliedern: „Die da oben halten ihre Gelder zusammen, und uns fehlt der Kleister für die Plakate.“



PDS-Finanzchef Pohl: „Wozu bin ich Anwalt?“

eine ganze Liste von Unternehmungen, die ein Ziel haben: soviel wie möglich vom alten SED-Vermögen für die Nachfolgepartei zu retten, und das so unauffällig wie möglich.

Lange vor dem Währungsschnitt und noch bevor die von der de-Maizière-Regierung eingesetzte unabhängige Kommission zur Überprüfung der Parteivermögen sich an ihre Sisyphusarbeit machte, schossen mit altem SED-Vermögen gegründete GmbHs und andere Gesellschaften zwischen Kap Arkona und Fichtelberg wie Pilze aus dem Boden.

366 Millionen Mark hat Schatzmeister Pohl für Gründung und Geschäftsführung privater Gesellschaften von den PDS-Konten abgehoben und damit umgeschichtet.

Er selbst allerdings tut so, als habe er Zweifel, ob sich diese Investitionen für die Partei rechnen werden: „Die meisten Jungunternehmer haben doch keinen blassen Schimmer von Geschäft und Marktwirtschaft.“ Und er ist sich sicher, daß bei den meisten der bislang gegründeten mehr als 30 GmbHs statt Kunden alsbald der Konkursverwalter vor der Tür stehen wird.

Aber auch Pohl kennt den Reim: Erst einmal sei es darum gegangen, Arbeitsplätze für die aus dem Parteiapparat ausscheidenden langgedienten Mitarbeiter zu erhalten.

Die PDS sichert ihr Geld durch Darlehensverträge und tritt als Gesellschafter nicht in Erscheinung. An Gewinnen und Verlusten sei die PDS also direkt nicht beteiligt. Pohl: „Da halten wir uns strikt an das Parteiengesetz.“

Lediglich in einem Falle sei eine Person besonderen Vertrauens als Gesell-

schafter gewonnen worden. Er sagt nicht, wen er damit meint.

Vielleicht PDS-Präsidiumsmitglied Lothar Bisky, der als Gesellschafter in die mit alten SED-Geldern hochgezüchtete EMG Elektronische Medien Forschungsgesellschaft mbH eingestiegen ist? Sie will eine mit modernster Technik ausgerüstete Dienstleistungs- und Produktionsstätte für linke Medienmacher werden – und für den bevorstehenden Wahlkampf der PDS auch Videos und Wahlspots herstellen.

Oder Horst Danzmann, stellvertretender Bildungsminister in der kurzen Nach-Honecker-Zeit. Danzmann hatte sich noch im Frühjahr einen Namen gemacht, als er durch geschickte Verzögerungstaktik geharnischte Bürgerproteste von Kleinmachnow in den Sand leitete. Damals forderten die Bewohner des kleinen Vororts von Berlin, die ehemalige Sonderschule, die dem ZK der SED gehörte, der Kommune zu überschreiben. Das 40 Hektar große Gelände mit seinen zahlreichen Gebäuden und dem luxuriösen Gästehaus Hakeburg sollte nach Plänen der Bürgerbewegung vorwiegend für soziale Zwecke genutzt werden.

Heute spricht niemand mehr davon. Das ausladende Anwesen blieb Eigentum der PDS. Die Hakeburg wird von einer „privaten“ GmbH als Hotel vermarktet, und in die Häuser zog unter anderem die Bildungs-, Informations- und Tourismus GmbH ein. Ihr Geschäftsführer: Danzmann.

Oder Heinz Albrecht, der seit 1975 der alten SED als Sekretär der Bezirksleitung in Ost-Berlin diente? In der kurzen SED/PDS-Ära trat Al-

brecht die Nachfolge des Berliner Parteichefs Günter Schabowski an, um dann für einen ebenso kurzen Zeitraum in der Versenkung zu verschwinden.

Mittlerweile ist Albrecht wieder aufgetaucht. Heute ist er mit 70 000 Mark Eigenkapital als Gesellschafter und Geschäftsführer in die Transport- und Kfz-Instandhaltung GmbH eingestiegen. Als zweiter Gesellschafter steht Albrecht der Diplomgesellschaftswissenschaftler Alfred Groß, vor der Wende „Angestellter im Zentralkomitee, zur Seite.

Privatunternehmer Albrecht fühlt sich weiterhin der PDS verbunden. Das muß er auch. Schließlich bewirtschaftet seine GmbH den ehemaligen Fuhrpark des SED-Zentralkomitees – 100 Personenwagen, 14 Busse, Werkstätten und Garagen – und erhält nicht wenig Aufträge vom neuen PDS-Vorstand.

Den unter Egon Krenz installierten Sicherheitschef im SED-Zentralkomitee, Ex-Politbüromitglied Wolfgang Herger, kann Pohl sicherlich nicht damit gemeint haben. Denn für den hatte Vizeparteichef Pohl eine Pfortnerstelle besorgt. Seit Anfang August hat Herger den Arbeitsplatz gewechselt. Der ehemalige Sicherheitschef beginnt nun auch eine Unternehmerkarriere und ist zu diesem Zweck in die Rügen GmbH eingestiegen.

Gemeinsam mit dem Ex-Kreissekretär Rademacher und einem West-Berliner Unternehmer vertreibt Herger Damenschlupfer und andere Dessous auf der Ostseeinsel. Vorläufiger Sitz der Gesellschaft ist die ehemalige SED-Absteige in Baabe, heute „Cliff-Hotel GmbH in Gründung“.

Während im ganzen Land der prophezeite Gründerboom auf sich warten läßt, hat die PDS mit Hilfe der alten SED-Seilschaften längst den wirtschaftlichen Aufstieg programmiert.

Organisations- und Finanzchef Pohl: „Noch sind wir die reichste Partei Europas.“

In ihrem Bericht an Rechtsanwalt Georg Reinicke, den Vorsitzenden der unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Parteivermögen, hat die PDS ein Vermögen von mehr als drei Milliarden Mark ausgewiesen. Doch mit dieser Statistik kann der Rechtsanwalt nicht viel anfangen. Niemand wisse beispielsweise, wieviel Kapital, Gelder und Sachwerte in dunkle Kanäle abgeflossen seien. Und die Bewertung von Grundstücken und Häusern sei nach altem DDR-Recht erfolgt.



PDS-Vorsitzender Gysi: Keine Rede vom Vermögen

Reinicke: „Wer kann heute schon sagen, was Häuser, Grund und Boden nach der Vereinigung wirklich wert sein werden?“

Die Kommission steckt in einem Dilemma. Allein die Überprüfung der Eigentumsverhältnisse und die Neubewertung des riesigen PDS-Besitzes durch unabhängige Gutachter würden Jahre beanspruchen – abgesehen von den Kosten, die solch eine Überprüfung verursachen würde.

„Das kann doch keiner bezahlen“, sagt Reinicke.

Sein Rechtsanwaltskollege Pohl will sich allein darauf nicht verlassen. Mit dosierter Generosität – Spenden, kostenlose Abgabe von Häusern, das Angebot eines Verzichts auf Staatszuschüsse in Höhe von 14,5 Millionen D-Mark – unternimmt der PDS-Vorstand den Versuch, von seinem knallharten Geschäftsgebaren abzulenken.

Ein bißchen Sport, meint Pohl, sei auch dabei, das Parteivermögen vor der drohenden Enteignung zu sichern: „Wozu sind Gysi und Pohl Rechtsanwälte?“

Von den ehemals 502 Grundstücken und Gebäuden, die sich zur Jahreswende im Besitz der PDS befanden, gehörten am Stichtag 30. Juni immer noch 385 der Partei.

Davon werden 239 Häuser fast ausschließlich weiter von der PDS genutzt. Bei 30 Objekten hat sich der Vorstand nun entschlossen, sie – teilweise kostenlos – abzugeben.

116 Immobilien und Grundstücke gingen per Miet- oder Nutzungsvertrag an private Gesellschaften, Kommunen oder andere Organisationen.

Was dabei die PDS – derzeitige Mitgliederzahl: 350 000 – gern als Nächstenliebe verkauft, erzeugt zunehmend Volkes Wut. 2000 Leipziger zogen Mitte Juni durch die Innenstadt und forderten, das von der PDS versprochene Haus der Demokratie nun endlich rechtsgültig in die Verfügung der Oppositionsgruppen zu übergeben.

Doch der sächsische Landesvorstand der PDS mag sich an dieses Versprechen nicht mehr erinnern, er will das erst 1983 erworbene Gebäude in bester City-Lage nicht herausgeben: Die PDS hat inzwischen zahlungskräftige Mieter aus dem Bundesgebiet gefunden.

In Suhl berechnet die PDS nach dem Währungsschnitt dem städtischen Schulamt für ein 166 Quadratmeter großes Büro im Haus der ehemaligen SED-Betriebsleitung eine Monatsmiete

von fast 7000 Mark. Vor dem 1. Juli hatten sich die Genossen noch mit reichlich 4000 Ost-Mark begnügt.

Das Landratsamt im nicht weit entfernten Rudolstadt deckte Anfang Juli den PDS-Deal mit einer westdeutschen Firma auf.

Die parteieigene Firma Fundament GmbH, bisher rechtlicher Eigentümer sämtlicher Grundstücke und Immobilien der PDS und zuständig für deren Verwaltung und Bewirtschaftung, trennte sich per Erbpachtvertrag von der ehemaligen Bezirksparteischule Gera in Bad Blankenburg – bislang geschätzter Zeitwert: über acht Millionen Mark.

Geschäftspartner der SED-Nachfolgeorganisation ist die „Kulturhalle Nirstertal GmbH Montabaur“ im rheinland-pfälzischen Westerwaldkreis. Um die Transaktion mit einem neuen Namen zu bemänteln, wurde die bundesdeutsche Firma in Hotel Schwarzeck GmbH umbenannt.

Und während der einheimische Mittelstand händeringend nach Gewerberäumen und -flächen sucht, wurde das Gelände der ehemaligen Erfurter Bezirksparteischule an einen westdeutschen Gebrauchtwagenhändler vermietet – ein bißchen Sport ist eben dabei.

Nur mit einer bestimmten Sorte von Geschäftsleuten will sich der Finanzchef der PDS, nach eigener Aussage, nun wirklich nicht mehr einlassen – den ehemaligen oder jetzigen KoKo-Unternehmern.

Die Partei verfüge über keinerlei Beziehungen zu den noch bestehenden Firmen, berichtete der PDS-Vorstand an die unabhängige Untersuchungskommission. Außerdem besitze die PDS weder Auslandskonten, noch habe sie irgendwelche Besitztümer außerhalb der DDR gebunkert.

„An KoKo-Unternehmen verbrennen wir uns nicht die Finger“, behauptet Gysis Vize fest und verweist auf mehrmonatige Recherchen. Für die Partei sei die Sache mit der treuhänderischen Verwaltung der Firmen abgeschlossen. „Was da an Geldern fließt, kommt dem Staat zugute.“

Auch nach anderen ausländischen SED-Firmen in der Schweiz, in Liechtenstein oder Luxemburg habe der Vorstand vergebens fahnden lassen.

Pohl: „Nach unserem Wissen wurden diese Gesellschaften, beginnend 1985, in Liquidation versetzt beziehungsweise verkauft.“ Die PDS jedenfalls habe nicht mehr davon profitiert.

Kaum zu glauben. Denn im Wirbel um das Konkursverfahren des West-Berliner Druckhauses Norden (SPIEGEL 6/1990) wurden vertrauliche Dokumente bekannt. Danach gehört zumindest die 1978 gegründete Corefina Anstalt, Balzers, mit Sitz in Vaduz, noch immer der PDS. Das jedenfalls hat der ehemals für die SED tätige und jetzt noch als Wirtschaftsprüfer in Zürich amtierende Albert Rees ermit-

telt. Nach seinen Recherchen repräsentiert die Anstalt ein Vermögen von etwa 20 Millionen D-Mark.

Auch die Orvag AG Baar/Zürich sowie ihre Tochterunternehmen in West-Berlin – TVO und Gründel Grundstücksgesellschaft mbH – existieren noch und werden von alten SED-Vertrauten verwaltet. Ob sie auf PDS- oder eigene Rechnung arbeiten, bleibt ungewiß. Die PDS behauptet, die Firmen seien noch von der SED verkauft worden. Pohl vom SPIEGEL: „Wir haben nichts damit zu tun.“

Pohl Anfang Mai in einem Brief an den aufgebracht. Wirtschaftsprüfer Rees („Was da läuft, ist eine große Schweinerei!“):

Die von Ihnen gegebenen Hinweise und Anregungen haben mit dazu beigetragen, endgültig Licht in die ganze Sache zu bringen und so auch die Fragen des Eigentums zu klären.

Ich kann Ihnen mitteilen, daß alle Dinge für uns positiv gelaufen sind und es keine Erkenntnisse für Veruntreuungen, Unterschlagungen oder andere unseren Interessen zuwiderlaufende Manipulationen durch die bisherigen Treuhänder gibt.

Rees will sich damit nicht zufriedengeben. „Sollte die unabhängige Kommission an mich herantreten, packe ich aus“, droht er. Noch hat Rechtsanwalt Reinicke ihn nicht befragt. Aber Reinicke ist sicher: „Wir müssen halt durch einen Dschungel.“

PDS-Vize Pohl harrt derweil der Dinge, die noch kommen mögen. Seit kurzem vertieft er sich in eine neue Lektüre, Titel des Buchs: „1000 ganz legale Steuertricks“.

Alllasten

Totenstille im Forst

DDR-Bürgerrechtler suchen nach Ursachen für rätselhafte Vergiftungssymptome bei thüringischen Dorfbewohnern: Kampfgas oder Massenpsychose?

Durch den dichten Forst bei Klengel im Kreis Eisenberg, nahe dem Hermsdorfer Kreuz, wo sich die Autobahnen nach Leipzig und Jena kreuzen, schlängelt sich ein makelloser Rundkurs. Die 3500 Meter lange Asphaltstrecke ist gepflegt und intakt wie kaum ein anderer Kilometer Straße in Deutschland Ost: offiziell eine Trainingsanlage für Radsportler.

Der offiziellen Version glaubten die Menschen in den umliegenden thüringischen Dörfern nie. Nur wenige Male sah man in den letzten Jahren Rennfahrer radeln. Dafür war der 14 Millionen Mark teure Radweg nachts taghell erleuchtet.

Spaziergänger wurden von scheinbar zufällig anwesenden Herren in Schlips und Kragen nach Hause geschickt. Warum, fragte keiner. Nachfragen waren allemal gefährlich im Staate Honeckers.

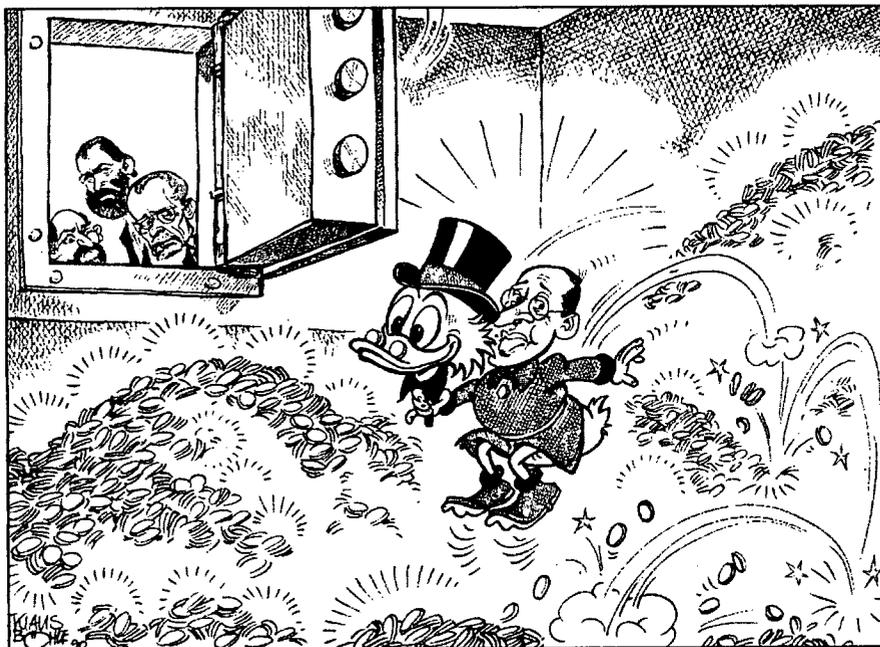
Inzwischen darf wenigstens gefragt werden. Antworten gibt es immer noch nicht. Hartnäckig, aber mit wenig Erfolg bemüht sich das Bürgerkomitee im nahen Jena, hinter die Geheimnisse der Anlage zu kommen.

Die Bürgerrechtler sind beunruhigt über Berichte von seltsamen Erkrankungen in den umliegenden Dörfern Klengel, Serba und Hainspitz. Hunderte von Menschen leiden in regelmäßig wiederkehrenden Abständen an Krämpfen und Hautausschlägen, Stirnhöhlenvereiterungen und atypischen Lungenentzündungen, an Erbrechen und Durchfall.

Klagen gab es schon seit Jahren. Auch Fisch- und Kaninchensterben wurden immer wieder beobachtet. Manchmal, erinnert sich Sigfried Kubelke, Elektronik-Ingenieur aus Klengel, „herrschte Totenstille im Klengeler Forst“.

Schnell stießen die Leute vom Bürgerkomitee und vom Neuen Forum bei ihrer Suche nach den Ursachen auf die Asphaltbahn im Wald von Klengel. Beim ersten Besuch wurde klar: Dies war kein Platz zum Radeln. Die Bürger entdeckten Spuren von Kettenfahrzeugen, zahlreiche elektrische Schaltkästen und geteerte Ableger des Rundkurses, die im Wald endeten.

Verdachtsmomente ergänzten sich: Der Klengeler Forst, so kam heraus,



Onkel Dagobert und die Panzerknacker

Die Welt